

GWZ 533
8.7.2017

Windkraft: Mehr stehen als drehen

Offene Fraktionssitzung der CDU Bad Orb / Demo am Dienstag geplant

Bad Orb (ez). Schwerpunkt der offenen Fraktionssitzung des Bad Orber CDU-Stadtverbandes war die Windkraft. Im Haus des Gastes fanden sich vor allem CDU-Nahestehende und christdemokratische Parlamentarier sowie Windkraftgegner, aber auch interessierte Bürger ein. Mit wenigen Worten ging der Fraktionsvorsitzende Michael Kertel auf Schuldenab- und Strukturaufbau, Erhaltungen und Modernisierungen, Barrierefreiheit und Notrufsäulen ein, bevor er zur Windkraft überleitete.

Kertel hob hervor, dass die Bad Orber Stadtverordnetenversammlung sich grundsätzlich gegen Windkraftanlagen im Spessart ausgesprochen habe. „Wenn auch andere am Wackeln sind, wir bleiben fest.“ Die CDU Bad Orb habe immer hinter die Forderung „Keine Windkraftwerke in Bad Orb und im Naturpark Spessart“ gestanden.

Anschließend gab er das Wort an Heinz Josef Prehler und Bernhard Acker weiter. Beide sind sowohl CDU-Stadtverordnete als auch im „Gegenwind Bad Orb“-Vorstand. Unterstützt von einer Bilder-Präsentation, wurden Fragen aufgeworfen und beantwortet. Es ging etwa darum, wo es bereits Windkraftanlagen gibt und wo welche geplant sind. Weitere Themen waren der Regionalplan Süd („Entwurf sachlicher Teilplan Erneuer-



Blick von der Bad Orber Haselstraße aus auf die Vier-Fichten-Windkraftanlagen.

bare Energien des Regionalplanes Süd Hessen“) und der Flächennutzungsplan Biebergemünd sowie der Gestattungsvertrag einer Kabeltrasse für den Windpark in Flörsbachtal. Nach wie vor drohten Windräder, und mit einer Genehmigung für das Kabel zum Windpark Flörsbachtal-Roßkopf befürchte man, der Windkraft Tür und Tor zu öffnen. Das sah auch das Publikum so und kommentierte mit: „Das ist ein Schlüssel für die Windkraftanlagen“. Dass die Neudorfer Räder mehr stünden, als sich zu drehen, wurde ebenfalls eingeworfen.

Prehler malte das Szenario aus, dass, wenn die Windkraft wirklich käme, kein freier Blick mehr möglich sei, es nachts rundherum blinke und die Wälder durchpflügt würden. Er zeigte Bilder von der Vier-Fichten-Baustelle. Durch die dortige Waldvernichtung würden 480 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr weniger gebunden. „Um CO2 einzusparen, wird CO2 vernichtet.“ Ein Hektar Wald verschlinge jährlich fast 40 Tonnen CO2. 43 Prozent aller Windkraftanlagen im Bereich des Regierungspräsidiums Darmstadt seien im MKK geplant oder in Betrieb. In Südhessen seien

derzeit 170 Anlagen in Betrieb, davon 81 im Main-Kinzig-Kreis.

Möglich wären 270, davon 115 im Main-Kinzig-Kreis. Das seien mit Riesenabstand die höchsten Zahlen. Der bayerische Spessart bleibe weitgehend frei von Windrädern. „Wir wollen einen länderübergreifenden Schutz des gesamten Naturparks Spessart und fordern die Regionalversammlung Südhessen auf, auf die Ausweisung von Vorrangflächen im Naturpark Hessischer Spessart zu verzichten.“

Gesundheit und Erholung sowie der Schutz von Wald und Wasser hätten Vorrang in Heilbädern. Auch die wirtschaftlichen Folgen könnten verheerend sein, mit bis zu einem Fünftel weniger Gästen und dem Verlust von Wohn- und Lebensqualität. „Das größte Mischwaldgebiet Deutschlands würde zerschnitten.“

Die Einsprüche zum Regionalplan betrafen unter anderem ungenügende Abstände zu Siedlungsrändern und Erholungsgebieten. Auch seien die Rotmilan- und Mopsfledermausvorkommen nicht komplett berücksichtigt. Prehler selbst sehe von seinem Haus aus fast täglich Rotmilane. Auf große private Flächen habe die Stadt al-

lerdings keinen Einfluss. Er beklagte, dass in der Stellungnahme der Stadt Bad Orb (die GNZ berichtete) wichtige Details fehlten.

Prehler zeigte durch einen Größenvergleich, dass der Höhenunterschied vom Bahnhof zum Wartturm 160 Meter betrage; während ein neues Windrad 230 Meter hoch sei. Bernhard Acker erläuterte, wie sehr Biebergemünder Anlagen auch Bad Orb beeinflussen würden – sowohl Schall- oder Schattenwurfprognosen betreffend. Der bisher vorgelegte Gestattungsvertrag für eine Kabeltrasse nach Flörsbachtal habe mit Geh- und Fahrrechten samt Schwerlastfahrzeugen und einer Vertragslaufzeit von 28 Jahren zahlreiche Inhalte, die nicht hinnehmbar seien. Ein Gast sagte, dass, wenn sich die CDU im Landtag entsprechend positioniere, die ganze Diskussion entbehrlich sei. Ein anderer hinterfragte, ob der Main-Kinzig-Kreis nicht bereits die „Zwei-Prozent-Klausel“ erfüllt habe.

Die Energiewende sei in vollem Gange, vermerkte Prehler. „Wir müssen die besten Lösungen suchen und runter von der Planwirtschaft. Der Wettbewerb fehlt.“ Streng nach Wirtschaftlichkeit müsse gearbeitet werden. „Sonst zerstören wir die Landschaft wegen Peanuts.“

Der Druck müsse aus der Bevölkerung kommen – weshalb zur Demo am Dienstag eingeladen wurde.

FOTO: ZIEGLER